

(KW 6)

Stefan Aust besucht CDU-Fraktion und diskutiert mit Abgeordneten über die NSU-Mordserie



Der Journalist, Buchautor und Herausgeber der Welt, Stefan Aust, hat in dieser Woche die CDU-Fraktion im Landtag in Düsseldorf besucht und mit den 68 Abgeordneten seine Rechercheergebnisse zu der schrecklichen NSU-Mordserie diskutiert. Aust hat mit seinem Buch „Heimatschutz: Der Staat und die Mordserie des NSU“ eine beeindruckende Analyse der rechten Terrorzelle vorgelegt. Wie bereits der NSU-Bundestagsausschuss-Vorsitzende Clemens Binninger hat er die Initiative der CDU-Landtagfraktion für einen eigenen Untersuchungsausschuss zu den Vorfällen hier in Nordrhein-Westfalen unterstützt. Unser Ziel ist so viel Aufklärung wie nur möglich. Das sind wir den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Pressestelle

Axel Bäumer	- Pressesprecher	Tel: (0211) 884-2213			cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
		Tel: (0211) 884-2355	Mobil (0151) 1 884 10 71		axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de
Nils Sönksen	- Pressereferent	Tel: (0211) 884-2018	Mobil (0151) 1 884 10 90		nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de
Teresa Leson	- Sekretariat/Internet	Tel: (0211) 884-2213	Mobil (0151) 1 884 10 83		teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de

Runder Tisch zur Zukunft der WestLB-Kunstsammlung: Kunst ist mehr wert als sie kostet

Der Runde Tisch zur Zukunft der WestLB-Kunstsammlung, zu dem in dieser Woche Vertreter aus Wirtschaft, Kultur und Politik in Düsseldorf zusammengekommen sind, hat noch einmal gezeigt: Der Umgang mit den Kunstwerken im Besitz der Portigon AG ist eine Frage von höchster Bedeutung für die Kultur in unserem Land. Entgegen der bisherigen Darstellung der Landesregierung dürfen weder EU-Vorgaben noch Aktien- oder Unternehmensrecht ausschlaggebend sein für den Umgang mit den Kunstschatzen des Landes.

Zudem ist noch einmal sehr deutlich geworden, dass die bisherige Strategie der Regierung Kraft kulturpolitisch völlig verfehlt war und zu einem Imageschaden des Landes geführt hat. Die Ministerpräsidentin und ihr Finanzminister hätten viel früher deutlich machen müssen: Kunstwerke haben mehr als einen wirtschaftlichen Wert. Sie dürfen nicht wie auf dem Bazar gehandelt werden. Kunst ist mehr wert als sie kostet.

Neubau der Leverkusener Rheinbrücke: Groschek kassiert Krafts Aussage ein

Ministerpräsidentin Kraft hatte am 30. November 2014 in der Talkshow bei Günther Jauch behauptet, der Bund hätte die Leverkusener Brücke längst erneuern müssen. Auf einer Pressekonferenz zum Neubau der Leverkusener Rheinbrücke, hatte Minister Groschek seine Ministerpräsidentin in dieser Woche wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Denn Fakt ist: Der Bund kann erst dann mit dem Neubau der Leverkusener Brücke starten, wenn die Landesregierung die Planungen dafür rechtskräftig abgeschlossen und vorgelegt hat. Dies werde laut Groscheks Aussage aber frühestens ab 2017 der Fall sein. Bei einer geschätzten Bauzeit von weiteren sechs Jahren wäre die neue Brücke demnach frühestens 2023 befahrbar.

Die Probleme bei den Brücken in Nordrhein-Westfalen sind bereits seit Jahren bekannt. Der Bund hatte schon 2009 festgestellt, dass die marode Rheinbrücke der A 1 in Leverkusen nicht mehr zu retten ist. Daraufhin hatte die schwarz-gelbe Vorgängerregierung Anfang 2010 die „Projektgruppe Brückenertüchtigung“ eingesetzt. Doch statt die Vorarbeiten der Projektgruppe aufzugreifen und fortzuführen, hat die rot-grüne Minderheitsregierung versucht, dieses drängende Problem auszuzitzen. Im Jahr 2011 wurde sogar unter dem damaligen Verkehrsminister Voigtsberger und seinem grünen Staatssekretär Becker ein Planungsstopp verhängt und die Ingenieursleistungen für Bundesfernstraßenplanung massiv zurückgefahren.

Mit den Planungen für den Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke hatte Rot-Grün erst dann begonnen, als die Brücke schließlich Ende 2012 aus Sicherheitsgründen für den

Schwerlastverkehr komplett gesperrt und eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Pkw verhängt werden musste. SPD und Grüne haben das Thema über Jahre verschleppt. Ausbaden müssen es tagtäglich Bürgerinnen und Bürger, die in kilometerlangen Staus festsitzen oder Unternehmen, die zeit- und kostenintensive Umwege in Kauf nehmen müssen.

Rot-Grün schafft Hochschulfreiheit in Nordrhein-Westfalen faktisch ab

Das von Rot-Grün geplante Hochschulgesetz sieht den Erlass so genannter Rahmenvorgaben vor. Der Landtag soll nach dem Wunsch der Landesregierung unter anderem einer Rahmenvorgabe zustimmen, wonach das Wissenschaftsministerium kurzfristig und ohne Parlamentsbeteiligung in den Bereich der Personal-, Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten jeder einzelnen Hochschule eingreifen darf.

Die Experten waren sich in ihren Stellungnahmen bei der Anhörung im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung daher einig: Das Vorhaben der Landesregierung ist untauglich und bevormundend. Dem Ministerium geht es darum die Hochschulen zu gängeln, um ohne Parlamentsbeteiligung in den Bereich der Personal-, Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten jeder einzelnen Hochschule eingreifen zu können.

Es ist zu befürchten, dass sich die Abgeordneten von SPD und Grünen zu Steigbügelhaltern für die bevormundende Hochschulpolitik von Ministerin Schulze machen lassen, obwohl sich alle eingeladenen Experten eindeutig gegen diese Regelungen ausgesprochen haben. Dadurch würde das Instrument der Anhörung und der parlamentarischen Beratung zur Farce – von Transparenz, Mitbestimmung und Dialog kann dann keine Rede sein.

Mit diesen Vorgaben wird der Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen gefährdet und die Hochschulfreiheit faktisch abgeschafft. Die angebliche Digitalisierungsinitiative der Ministerpräsidentin wird damit zur Makulatur: Ohne starke Hochschulen wird es keine zukunftssträchtigen Innovationen aus Nordrhein-Westfalen geben.

Automobilwirtschaft ist Vorreiter der Industrie 4.0 in Nordrhein-Westfalen

CDU-Fraktionschef Armin Laschet besuchte in dieser Woche auf Einladung des Center Automotive Research der Universität Duisburg-Essen das 15. Internationale CAR Symposium im RuhrCongress Bochum. Nach einem Gespräch mit dem Initiator des Symposiums, Professor Ferdinand Dudenhöffer, kam der Fraktionsvorsitzende mit dem Gouverneur des US-Bundesstaates Kentucky, Steve Beshear, zum Gedankenaustausch zusammen. Beide Politiker betonten die Bedeutung der Automobilindustrie als wichtiger Innovations- und Wachstumsmotor und plädierten für eine Stärkung der transatlantischen

Partnerschaft. Zur Bedeutung der Automobilindustrie für Nordrhein-Westfalen erklärte Laschet:

„Nordrhein-Westfalen braucht einen wirtschaftlichen Aufbruch. Wir müssen das ganze Potential des Landes zur Entfaltung bringen. Unsere heimische Automobilindustrie mit ihrer Vielzahl an spezialisierten Zuliefer-Betrieben spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Automobilwirtschaft gehört zu den ersten Branchen, in denen die Industrie 4.0 Realität wird. Sie ist ein Vorreiter in Sachen Digitalisierung. Diesen Prozess müssen die Unternehmen selbst durchlaufen, die Politik kann und muss sie dabei aber unterstützen und die entsprechenden Rahmen setzen. Hierzu gehört zuallererst die Bereitstellung einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur. Aber auch staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung im Bereich automatisiertes Fahren und Elektromobilität sind unverzichtbar. Die Politik muss die enormen wirtschaftlichen Chancen dieser Megatrends erkennen und Anregungen und Wünsche der Unternehmen aufnehmen. Deshalb war es aus unserer Sicht wichtig, beim Car Symposium den Austausch mit Forschern und Wirtschaftsführern zu suchen. Das gehört zu den selbstverständlichen Aufgaben der Politik.“

Justizminister Kutschatys Transparenzoffensive wird zur Farce

Wie der WDR in dieser Woche berichtete, hatte sich Justizminister Kutschaty geweigert, dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft zum Tod des V-Manns „Corelli“, der eine gewichtige Rolle bei den Ermittlungen zur NSU-Mordserie gespielt haben soll, zur Verfügung zu stellen. Es ist ein Unding, dass NRW-Justizminister Kutschaty in einer derart wichtigen Frage die Zusammenarbeit mit dem Innenausschuss des Deutschen Bundestags offenbar aufgekündigt hat.

Nach der Geheimschutzverordnung des Deutschen Bundestags dürfen den Mitgliedern des Innenausschusses Verschlussachen jeglicher Geheimhaltungsstufe zugänglich gemacht werden. In Berlin hat die Entscheidung des Ministers deshalb parteiübergreifend für Irritationen gesorgt. Mit seiner Verweigerungshaltung leistet Herr Kutschaty nicht nur neuen Verschwörungstheorien Vorschub. Er vermittelt darüber hinaus den Eindruck, dass Nordrhein-Westfalen kein Interesse an der Aufklärung des mysteriösen Todes eines V-Mannes hat, der offenbar schon seit 2002 von der Existenz des Nationalsozialistischen Untergrundes wusste. Kutschatys Anspruch, bei seinem Amtsantritt eine „Transparenzoffensive“ gestartet zu haben, ist damit endgültig zur Farce geworden.

Flüchtlingsgipfel: Zentrale Ergebnisse des Runden Tisches bleiben unerledigt

In dieser Woche hat die Landesregierung ihren Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels im Innenausschuss vorgestellt. Das traurige Fazit: Mehr

als drei Monate nach dem Flüchtlingsgipfel hat die Landesregierung sichtbar das Interesse an der Umsetzung der im Konsens formulierten Ergebnisse verloren. In zentralen Bereichen ist nichts realisiert, was die Lage der Flüchtlinge spürbar verbessert. Der Bericht ist eine herbe Enttäuschung.

Es gibt keinerlei Fortschritte bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, beim Zugang zu den Hochschulen, bei der Alphabetisierung Erwachsener und bei deren Deutschförderung. Insbesondere Integrations- und Arbeitsminister Schneider steht in einem schlechten Licht, da in seinem Ministerium bisher am wenigsten bewegt wurde. Dabei müsste es dort am schnellsten zu vorzeigbaren Ergebnissen kommen.

Große Zweifel bestehen auch darin, ob die Kontrolle der Einrichtungen durch die Landesregierung endlich funktioniert und Beschwerden von Flüchtlingen über ihre Unterbringung auch wirklich gehört werden. So hätte der von der CDU geforderte Ombudsmann längst aktiv werden müssen. Die Flüchtlinge warten also weiter auf das von Minister Jäger versprochene dezentrale Beschwerdesystem. Unter dem Strich muss man feststellen: Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht und zentrale Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels nicht angepackt.